sachsen. Die Verwaltungsgliederung der Gaue zerfällt in Kreise, Amtsbezirke und Gemeinden; bei den hier tätigen Kommissaren werden alle bisher verzettelten Verwaltungsaufgaben zentralisiert. Der nächste Teil der Notverordnung geht den Geld- und Kreditinstituten an den Kragen; sie werden alle einem Bankendirektorium unterstellt, der Zinsfuß wird zwangsweise auf 2% herabgedrückt und die Auszahlung von Guthaben mit Ausnahme der Löhnungsgelder auf 250 Mark im Monat beschränkt. Nach russischem Muster wird eine Binnenmark mit Zwangskurs im Inland eingeführt, während die jetzige Reichsmark, durch Gold voll gedeckt, nur für den Handelsverkehr mit dem Ausland gilt.

Die Wirkung der Brüningschen Notverordnungen wird so eingeschätzt, daß es die Bevölkerung gar nicht merkt, wenn sie in kommunistischer Tendenz weitergetrieben werden. Das merkt man bei den folgenden Steuerprojekten. Die Einkommensteuer fällt bis zu 2400 Mark Einkommen weg und wird von 4000 Mark an so scharf gestaffelt, daß alle Einzel- und Gesellschaftseinkommen über 10 000 Mark schon mit 100% weggesteuert werden. Aehnlich geht es mit der Vermögens- und Erbschaftssteuer. Ergänzend kommt dazu eine Steuerniederschlagung für die „Kleinen", dauernde Börsenschließung und ein allgemeines Schuldenmoratorium. Die Aktien läßt man im Hinblick auf die späteren Sozialisierungsabsichten „bis auf weiteres ruhen". Das Gegenstück zur Steuerreform ist die Gehaltsregelung für die Beamten: sie setzt eine Höchstgrenze von 8000 Mark für die Gehälter und von 6000 Mark für die Pensionen fest.

Das nächste Hauptstück ist den „Zwangsgemeinschaften" gewidmet. Und zwar werden alle industriellen Betriebe und ebenso die bäuerlichen Betriebe jeder Landgemeinde zu gleicher Sparten zur Durchführung amtlicher Richtlinien Zwangsgemeinschaften unter Führung eines Pflandirektoriums zusammengeschlossen. Dafür fällt die Arbeitslosenversicherung weg, weil die Weisheit der kommunistischen Gesetzgeber voraussieht, daß sie unter ihrer Herrschaft bald überflüssig werden wird. Die Arbeitszeit wird auf sieben Stunden bei vollem Lohnausgleich heraufgesetzt. Und ebenfalls nach russischem Vorbild wird ein Außenhandelsdirektorium eingesetzt, das den ganzen Außenhandel staatlich monopolisiert.

Nach allen Erfahrungen würde die deutsche Wirtschaft einen solchen Umsturz nicht überleben. Dem Kommunismus geht aber alles zum Glück. Die Führung dieses Beweises wird in langen Auseinandersetzungen versucht. Allerdings hat es die getarnte KPD.-Regierung auch leichter als irgendeine bürgerliche oder nationale. Sie verkündet ein Auslandsmoratorium und die Einstellung aller Tributzahlungen, ohne daß irgendein Laval etwas dagegen zu sagen weiß. Sie schließt mit Rußland ein arrhalisiges Handelsabkommen, das die deutsche Wirtschaft ungeheuer befruchtet. Und von hier aus beginnt im Zusammenhang mit den weiten inneren Maßnahmen die Notwende. Schon nach ein paar Monaten kommt die Wirtschaft in Schwung, zuerst die Schlüsselindustrien, dann die Landwirtschaft, Handel und Verkehr. Bis das Jahr um ist, werden überall Arbeitskräfte gesucht, und am Schluß kann die KPD.-Zentrale unbesorgt die Maske abnehmen, das Spiel enthüllen und an das erstaunte Volk die Frage richten, ob es auf dem eingeschlagenen Wege weitergehen will zur Freiheit oder zurückkehren in die kapitalistische Sklaverei.

Natürlich sind das lauter kindliche Phantasien. Bemerkenswert ist nur das Programm und der Versuch, kommunistische Gedankengänge in harmloser Form im Bürgertum zu verbreiten. Das bolschewistische Chamäleon läßt wieder einmal eine andere Farbe schillern. Nach links hin bleibt Klassenkampf die Parole: auf den Straßen wütet Notmord; nach rechts hin wird unterdessen Friede, Aufstieg, soziale und nationale Befreiung als kommunistisches Hochziel verkündet. Vergessen wir auch solchen Lockungen gegenüber nicht, daß es Moskau ist, das die Regie führt in diesem neuesten Spiel.

Das Echo der Brüningrede in Berlin

Scharfe Kritik auf der Rechten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 9. Februar. Die Rede, die Reichskanzler Brüning heute auf der Genfer Abrüstungskonferenz gehalten hat, erfährt in der Berliner Presse bereits ihre erste Beurteilung. Während die Linkspresse mit ihr durchaus einverstanden ist — der „Vorwärts" ist sogar der Auffassung, daß Dr. Brünings Auffassung „stark pazifistisch" war, — wird die Rede

in der Rechtspresse scharf kritisiert.

So weist die „DAZ." darauf hin, daß sich die Rede im wesentlichen mit Andeutungen begnüge. „Warum nur die Anspielungen, warum nur das Anklagen, warum nur eine schöne Präambel und nicht der volle Text? Warum so viel Nachdruck und oft wirkliche Energie in der Verkündung der Grundsätze und so viel Vorsicht in den praktischen Forderungen und Anwendungen? Fühlt man nicht, daß der philosophe Ton, der in den Konferenzkreisen ausnehmend gefällt, falsch verstanden werden kann? — Die „Berliner Börsenzeitung" weist mit Nachdruck vor allem darauf hin, daß Dr. Brüning mit seiner heutigen Rede nicht versucht habe, den Angriff Tardieus unmittelbar abzuwehren und mit einem ebenso stürmischen Gegenangriff zu beantworten.

Brüning sei dem französischen Stoß ausgewichen.

Er habe zwar auch eine Art Offensive getätigt, aber auf einem anderen Kampffeld, in der Arena, in der um Theorien und Ideale gerungen wird. Was sich mit dieser Offensive erreichen läßt, wird sich herausstellen. Sicher ist das eine, daß etwaige Erfolge auf diesem Gebiet wenig greifbarer Natur zu sein pflegen. Auf dem Kampffeld der Realpolitik aber behersche Frankreich die Lage. Seine Schläge seien unerwidert geblieben. Seine Behauptungen stehen unangegriffen da, weil der Vertreter Deutschlands von dem gewaltigen Material, das Tatsachen, Erfahrungen und Wissenschaft der deutschen Sache geliefert haben, keinen Gebrauch gemacht und die französischen Thesen unangetastet gelassen hat.

Im „Berliner Lokalanzeiger" wird ausgesprochen, daß der Eindruck des Auftretens Dr. Brünings der sei, daß er

eine große Gelegenheit nicht genug ausgenützt

habe. Es sei im Grunde der Geheimratston der Wilhelmstraße, der bestimmend sei, und selbst die Erklärungen Tardieus hätten den Kanzler nicht bewogen, wirklich im Namen Deutschlands mit Entschiedenheit einzugreifen. „Wo ist das Wort von der Kriegsschuldlüge nach den gestrigen unerhörten neuen Anschuldigungen Tardieus? Wo ist der große Schwung, der eine sehr laue Versammlung mitreißen könnte? Wo ist der letzte starke Appell an die Wahrheit, der unsere erschütternde Lage darstellt? Wo endlich ist, nachdem alle andern schon konkrete Vorschläge bringen und fast ausnahmslos die Genfer Konvention als Grundlage der Verhandlungen begrüßten, der deutsche Vorschlag, ein Vorschlag, der jetzt schon bestimmend auf die Diskussion einwirkt und verhindert, daß sie endgültig in das französische Fahrwasser gerät? In Genf entscheidet nicht der gute Wille und die kluge Wiederholung oft gesagter Dinge. Wer in Genf nicht angreift, hat schon seinen Platz verloren. Brüning blieb in der Verteidigung. Diese Feststellung sagt das Entscheidende über seine Rede."

Es ist immerhin einigermaßen charakteristisch, daß auch der „Berliner Börsencourier", ein Blatt, das immerhin zur Regierungspresse zählt, feststellt, daß Dr. Brünings Rede „ein in Amtsstuben erwachsenes Elaborat, das mehrmals hin- und hergewendet worden ist", sei, das auf der Rednertribüne niemals blutwarmes Leben erhalten konnte.

Ein humoristischer Zwischenfall

Nach Schluß der Rede Brünings kam es zu einem eigenartigen Zwischenfall. Auf der Tribüne des Publikums erhob sich eine offenbar geistesgestörte Frau und rief in deutscher Sprache, sich zum Präsidenten wendend: „An die hohe Versammlung und die ganze Welt! Ich muß Ihnen einen Traum erzählen . . ." Die weiteren Worte der Frau gingen im allgemeinen Lärm und Lachen unter. Die Frau wurde sodann aus dem Saal gebracht.

Präsident Henderson bemerkte humorvoll, es fände jetzt die Uebersetzung der Rede, jedoch nicht der letzten Rede, sondern der Rede des Reichskanzlers Brüning in englischer und französischer Sprache statt.

Henderson Vorsitzender des Genfer Hauptausschusses

Genf, 9. Febr. Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz, dem sämtliche Delegationsführer angehören, wählte Henderson zu seinem Vorsitzenden und den griechischen Delegierten Politis zum stellvertretenden Vorsitzenden.

Das Ziel der französischen Handelspolitik

Einfuhr nur im Verhältnis zur Ausfuhr

Paris, 9. Februar. Dem Senat ist heute ein Initiativantrag von Senator David u. Gen. zugegangen, der eine Abkehr von der bisherigen handelspolitischen Einstellung Frankreichs verlangt. Zunächst wird gefordert, daß die Regierung geeignete Maßnahmen treffen möge, um Frankreich wieder in die Lage zu setzen, frei über seinen Zolltarif bestimmen zu können. Den Ländern, die nach Frankreich importieren, soll vorgeschlagen werden, sie möchten eine ihrer eigenen Ausfuhr nach Frankreich entsprechende Menge französischer Erzeugnisse abnehmen. Die Europakonferenz soll die industrielle und landwirtschaftliche Produktion sämtlicher europäischer Länder an der Vorkriegserzeugung überprüfen und reglementieren.

Der Streit um die Reparationszahlungen geht weiter

Paris, 9. Februar. Unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik fand ein Ministerrat statt, in dem der Ministerpräsident über die mit den ausländischen Regierungen geführten diplomatischen Verhandlungen Bericht erstattete. Marineminister Dumont, der eigens aus Genf gekommen war, berichtete über die Tätigkeit der französischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz und besonders über die Aufnahme, die der französische Abrüstungsvorschlag und die Rede Tardieus in Genf gefunden habe. Der Finanzminister hielt Vortrag über die deutschen Reparationszahlungen und teilte mit, daß er auf die letzten deutschen Erklärungen zu diesem Thema erwidern werde. Nach Havas wird diese Antwort in Form einer detaillierten, ziffernmäßig belegten Verlautbarung über die deutschen Reparationszahlungen erfolgen.

Tributkonferenz im Juni?

Genf, 9. Febr. Von gut unterrichteter englischer Seite wird mitgeteilt, daß in den Unterredungen Dr. Brünings mit Simon, Tardieu und Grandi am Montag eingehend die Frage der Einberufung der Reparationskonferenz für Mitte oder Ende Juni erörtert worden sei. Es soll eine grundsätzliche Uebereinstimmung über diesen Zeitpunkt erzielt worden sein. Ferner sei erwogen worden, daß während der Anwesenheit Macdonalds in Genf (in einigen Wochen) eine Vorbesprechung zur Vorbereitung der Konferenz stattfinden solle, an der außer Brüning und Macdonald möglicherweise auch Laval und Grandi teilnehmen würden. In der Unterredung ist übereinstimmend der Wunsch zum Ausdruck gekommen, in einer Vorbesprechung der vier hauptsächlich an der Reparationsfrage interessierten Mächte eine Klärung aller in Frage kommenden Probleme zu erreichen. — Diese englische Mitteilung erscheint glaubhaft, da Dr. Brüning in seiner Erklärung vor der internationalen Presse seine Rückkehr nach Genf in einigen Wochen in Aussicht gestellt hat. Die englische Mitteilung wird übrigens auch von französischer Seite bestätigt.

Ueber 6 Millionen Arbeitslose

Berlin, 9. Febr. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 31. Januar 1932 hat die Arbeitslosigkeit in der zweiten Hälfte des Monats Januar erheblich langsamer als im vorigen Berichtsabschnitt zugenommen. Sie überschritt jedoch erstmals die 6-Millionen-Grenze. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen belief sich am 31. Januar auf rund 6 041 000. Sie ist gegenüber dem 15. Januar um rund 73 000 gestiegen, während die Zunahme in der ersten Januarhälfte rund 298 000 betragen hatte.

Zahlreiche Vorlagen im Reichsrat

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 9. Februar. Der Reichsrat wird sich am kommenden Donnerstag mit einer größeren Anzahl von Vorlagen der Reichsregierung zu beschäftigen haben. Auf der Tagesordnung befinden sich u. a. Mitteilungen der Reichsregierung über die Ausprägung von Reichssilbermünzen im Nennwert von 5 Mark und über die Veräußerung reichseigener Grundstücke im Westen; ferner die Verordnung über die Zulassung ausländischer Landarbeiter im Jahre 1932, die zweite Verordnung zur Durchführung der Bürgersteuer, die Verordnung zur Durchführung der Ablösung der Gebäudeentschuldungssteuer, der Gesetzentwurf über das Zugabewesen, sowie der Entwurf eines Wechselgesetzes.

Japanischer Angriff auf die Wusung-Forts

Schanghai, 9. Febr. Am Dienstagnachmittag beschossen die Japaner die Wusung-Forts wieder aus Geschützen aller Kaliber. An dem Bombardement nahmen auch die japanischen Kriegsschiffe und Bombenflugzeuge teil. Unter der Deckung des Artilleriefeuers wurden 600 Seesoldaten und 2000 Mann Armeetruppen eingesetzt, um die Forts zu stürmen. Es gelang jedoch den Chinesen, den Angriff auch diesmal abzuwehren. Ein japanisches Kampfflugzeug, das in geringer Höhe über das Dorf Wusung hinwegflog, stieß gegen einen Dachgiebel und fiel in den Wusungfluß.

Das chinesische Pulvermagazin, das hinter einem der Forts gelegen ist, wurde durch eine japanische Granate in die Luft gesprengt.

In Schanghai trafen am Dienstag etwa 700 Mann japanische Infanterie ein, die sofort zwischen dem Hongkiu-Bezirk und Schapei in die Kämpfe eingriffen. Drei chinesische Bataillone nahmen vom Nordbahnhof aus das Feuer auf auf den Hongkiu-Bezirk wieder auf. Verschiedene Granaten fielen auch in die internationale Niederlassung, wobei insgesamt drei Personen — darunter auch eine Engländerin — verletzt wurden. Eine Granate fiel in die französische Konzession.

Attentat auf einen früheren japanischen Minister

Tokio, 9. Februar. Auf den ehemaligen japanischen Finanzminister Inouye wurde heute ein Attentat verübt. Ein unbekannter Japaner gab auf den Minister beim Verlassen seines Hauses drei Schüsse ab und verletzte ihn schwer. Der Täter wurde von Passanten verhaftet und der Polizei übergeben. Inouye ist kurz darauf im Krankenhaus gestorben. Die Untersuchungen darüber, ob der Täter Mitwisser hatte, sind im Gange.

Hitler und die Stahlhelm-Führer in Berlin

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 9. Februar. Wie wir bereits berichteten, sind am Dienstag Adolf Hitler und die Führer des Stahlhelms in Berlin eingetroffen. Selbstverständlich werden bei dieser Gelegenheit unverbindliche Besprechungen über die Frage der Reichspräsidentenwahl stattgefunden haben. Irgendwelche Entscheidungen dürften aber noch nicht gefallen sein, sondern man wird erst einmal abwarten, wie sich der Reichspräsident zu den Ergebnissen der vom Hahn-Ausschuß veranstalteten Listeneinzeichnung stellt. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß die Entscheidung Hindenburgs Ende der Woche fallen wird.

Die Zeitungsnachricht, daß der Stahlhelm bereits im gegenwärtigen Zeitpunkt einen Aufruf für die Wiederwahl Hindenburgs erlassen wolle, wird von Stahlhelmseite als unrichtig bezeichnet. Zu erwähnen sind in dem ganzen Zusammenhang noch die Gerüchte, daß in nationalsozialistischen Kreisen eine Listeneinzeichnung für die Einbürgerung Adolf Hitlers geplant sei; jedoch liegen von den führenden Stellen der NSDAP. noch keine Erklärungen darüber vor, ob diese Gerüchte zutreffend sind.

•

Die dem Hindenburg-Ausschuß bisher gemeldeten Einzeichnungen beliefen sich Dienstagabend auf insgesamt 1 160 000.

SA.-Appell im Berliner Sportpalast

Berlin, 9. Febr. Adolf Hitler nahm am Dienstagabend im Sportpalast einen Appell der SA. Gau Berlin-Brandenburg ab, an dem mehr als 10 000 SA.-Leute teilnahmen. Hitler erschien pünktlich um 21 Uhr, von den SA.-Leuten stürmisch begrüßt. Er richtete eine

längere Ansprache an die SA.

und erklärte u. a.: „Die SA. steht und wird durch nichts erschüttert und durch nichts gebrochen. Es bestehen keine Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Führer und den Gauleitern, zwischen dem Führer und dem Stab, zwischen der SA. und ihren Führern. Es gibt keine inneren Kämpfe in der nationalsozialistischen Bewegung. Unsere Grundsätze sind: Nationalismus bis zum äußersten, Hingabe des Persönlichkeitswertes im Sinne einer unerhörten Autorität des Führergedankens und Kampfbereitschaft bis zur Selbstopferung. Wir sind heute die größte politische Bewegung, die es in Deutschland je gegeben hat.

Ob wir heute oder morgen die Mehrheit der deutschen Nation umfassen, spielt keine Rolle. Der Tag kommt, an dem das deutsche Volk in unseren Reihen stehen wird.

Daß unsere Gegner die Bedeutung unserer Bewegung erkennen, sehen wir an dem erbitterten Kampf, den sie gegen uns führen. Wir haben die ersten drei Stadien dieses Kampfes: Verschweigen, Lächerlichmachung und Verleumdung überwunden und werden auch das vierte Stadium: den Terror überwinden. Der sogenannten Eisernen Front stellen wir eine lebendige Front entgegen!"

Die Reichspräsidentenwahl

erwähnte Hitler mit folgenden Worten: „Der Entschluß, der getroffen wird, wird zur richtigen Zeit getroffen und zur richtigen Zeit bekanntgegeben werden. Ich weiß, daß in ganz Deutschland eine Millionenpartei aufschreien wird über unseren Entschluß, und zwar aufschreien in Begeisterung. Wenn irgendeine Bewegung mit eiserner Ruhe der Entscheidung entgegensehen kann, dann ist es die unsrige allein."

Graf Helldorf freigesprochen

Kein Landfriedensbruch — Geldstrafe für Beleidigung

Berlin, 9. Febr. In dem Kurfürstendamm-Prozeß, der seit dem 17. Dezember verhandelt wird, wurde folgendes Urteil verkündet: Von den 41 Angeklagten wurden 20 Angeklagte, Nationalsozialisten, freigesprochen, 17 Angeklagte, Nationalsozialisten, wegen einfachen Landfriedensbruches zu jeweils sechs Monaten Gefängnis, ein weiterer wegen schweren Landfriedensbruches zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Der Jungstahlhelmführer Brandt erhielt wegen einfachen Landfriedensbruches vier Monate Gefängnis.

Graf Helldorf und dessen Stabschef Ernst wurden von der Anklage des Landfriedensbruches freigesprochen und lediglich wegen öffentlicher Beleidigung zu je 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Bei diesem Prozeß handelte es sich bekanntlich um die Zusammenstöße auf dem Kurfürstendamm am 12. September 1931 anläßlich des jüdischen Neujahrsfestes.

Bierstreik in Hamburg

Hamburg, 9. Febr. Nach zahlreichen internen und öffentlichen Beratungen sowie Vorbesprechungen haben am Dienstagnachmittag über zweitausend Gastwirte sich entschlossen, als Protest gegen die Preissenkungsvorschrift des Reichskommissars Dr. Goerdeler in den Bierstreik zu treten. Die Ausschanksperre beginnt am Donnerstag. An Stelle von Bier will man Schoppenweine geben und andere Getränke, die nicht durch die Bierverordnung betroffen werden.

Zustimm

(Fortsetzung des Berich

Abg. Th

gibt bei der weiteren Besp
Antrages über die Reform
die grundsätzliche Stellung
solchen Reform bekannt.
unseres Volkes befänden wi
Gebäude der Sozialversicher

**Die Deutschnationalen b
deutschen So**

Der Kampf der Deutschna
Rettung und Reform dieser
Fraktion handele es sich un
Reform zur Erhaltung des b
Sozialversicherung oder groß
seitigung des heutigen Sy
Sozialversicherung für das d

Zugegeben werden müs
Beiträgen aufgelaufen seien.
Tatsache lediglich auf Hinter
zurückzuführen. Wirkliche
Rücksicht. Man soll jedoch d
geberschaft nicht verkennen.

Die SPD. beantrage, da
die Wohlfahrtserwer
leistung erhalten bleiben
sich als neue Belastung au
Leistung von den Gemeinde
was abzulehnen sei. Die A
Reform und Erhaltung d
kurriere wiederum nur an
grundsätzliche Seite nicht.

deutschnationalen

zur Rettung der sozialen Ve
kollektive Versicherung einzel
abhängig von der individuell
großen Zahl. Nur die organ
schaffenden Menschen könne
reiten. Die Beiträge müßte
geschaffen werden. Darum se

**Sicherung der Arbeit für
Men**

Die bisherige Außen- und S
habe nicht dazu beigetragen,
Die Tributpolitik habe die
Darum sei die

**nationale Befreiung die
Rettung der sozia**

Die zweite Voraussetzung se
nischen Sozial- und V
Deutschnationalen bekennen sie
Organisationsgedank
heit und Betrieben sei aber n
Wirtschaftspolitik elastisch ge
machen. Die dritte Voraussetz
meinden, Rückkehr zu den leb
gen zwischen Reich, Ländern u
Voraussetzung zur Rettung se

**Lösung der Sozialversicheru
und vom Klasse**

Die Deutschnationalen treten
deutschen Sozialversicherung a
verwaltung mit sehr starker S
Der Redner beantragt, zu
sätzlichen Reform, zur Vereinf
und zur Vermeidung von Re
aus der Ueberschneidung der
schiedenen Versicherungszweige
Würdigung der finanziellen
gehende Angleichung d
den einzelnen Versicherungsz

Abg. **Siegel** (Komm.) füh
praktisch nichts anderes, als

Der Gipfel de
unfreiw

Etwas von Frie

Unter den Poeten, die ein
Humors, nämlich den unfreiw
Friederike Kempner,
einen besonderen Ruhm. Noc
ihrer zwerchfellerschütternden
keine Zeit zu Ihnen, ob Rode
sprochen von der reichgeputzten
sie um eine Gabe bittet), oder:
(Greis, doch mach, daß du von
sonst ihre Gedichte noch Verei
Preis, der für diese seltene ge
wunderlichen Versmacherei ge
diese Frau, über deren Gedicht
lacht hat, eigentlich eine tragisch
selbst ernst, sie hielt sich für ein
Stirne geküßt, und sie war e
für alle möglichen Reformen, d
den waren.

Aus der noch lebendigen U
Miesel-Pessenthin einiges Perso
Don Quixote in den „Schlesisch
danke, vor dem sie die größte V
keit des Lebendigbegrabenwerde
und die Menschheit bewahren.
eine „Denkschrift über die No
Einführung von Leichenhäuser
erlebte und für die sie von den
schreiben und Zustimmungen
Napoleon III., der kaiserlich-r
Auch in ihren Dichtungen kämp
Rettung der Scheintoten und lä
mann ausrufen: „Ein Leichenh
woller nicht auf bloßen Schein
Das „scheintote Kind" in i
klopft vergeblich gegen die Sa
Mutter, wo bist du? Sieht sie
und stumm!" Aber das Schicksal
das Kind, froh die Engel sind!"
Friederike Kempner hat sie
Außer einer Tragödie „Antigone
„Rudolf II.", das sogar in Bre
wurde — mit „durchschlagendem
Gründe hatte, als die Verfasser
gar einen Lorbeerkranz, von de
liegt in meinem Zimmer, der
will ihn nächstens tragen auf m
Mutter hat sie immer wieder
Sonett, das mit den Worten
Mutter aus der Erde graben